

Soest, 10. Juli 2017

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident Weinspach,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Spürck,
sehr geehrte Damen und Herren der CDU Buir,
liebe Kerpener und Kerpenerinnen, liebe Buirer und Buirerinnen!

Zur Klärung vorab: Das „camp for [future]“ ist eine auf die Meinungsbildung und -äußerung gerichtete öffentliche Veranstaltung, die somit unter den Schutz des Versammlungsrechts fällt. Wie bei vielen anderen Demonstrationen soll diese mit Musik aufgelockert werden. Dies entspricht dem jungen Charakter der Veranstaltung. Alleine dort am Rand des größten Tagebaus und der größten CO₂-Quelle Europas präsent zu sein und an Alternativen zu arbeiten ist schon eine politische Botschaft.

Da wir trotz des Protestcharakters unseres Camps auf Dialog ausgerichtet sind, haben wir zunächst auf kooperativem Wege eine geeignete Fläche gesucht. Hierzu haben wir Herrn Bürgermeister Spürck bereits am 18. März angeschrieben. Nach mehrmaligem Erinnern hatten wir schließlich am 8. Mai ein ausführliches und gutes Gespräch mit der Verwaltungsspitze der Stadt (Herr Canzler, Herr Schwister und weitere Vertreter). Bei diesem Termin hatten wir für das Camp insbesondere die Flächen um die Grundschule im Park angedacht, haben jedoch ebenso nach Alternativen gefragt. Nicht zuletzt haben wir eine Zusammenarbeit mit der Stadt angeregt. Auf diesem Wege, über eine Kooperation, wollten wir auch unbegründete Sorgen über etwaiges mit dem Camp einhergehendes unfriedliches Verhalten verhindern. Derlei Sorgen sind und bleiben unbegründet. Alle Mutmaßungen über mit dem Camp zu befürchtenden Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit entbehren jeder Basis. Wir organisieren ein Camp für junge Menschen, die friedlich demonstrieren wollen!

Die Stadt war jedoch leider nicht bereit, uns auf kooperativem Wege eine Fläche zur Verfügung zu stellen. So wurde die Nutzung der anvisierten Grünflächen um die Grundschule im Park abgelehnt ohne Alternativen zu benennen. Die Stadt hat damit letztlich jegliche Diskussion über die Umsetzung des Camps verweigert. Ebenso haben die Nachbarkommunen Eisdorf und Merzenich reagiert. Weil sich unser Camp gegen RWE und somit den größten Landbesitzer der Region richtet, scheiterten auch all unsere Versuche, in der Region private Flächen für das Camp zu bekommen. Dafür ist das Camp eindeutig zu politisch. RWEs offensive Verhinderungspolitik tut hierzu ihr Übriges.

Was bleibt ist das Versammlungsrecht, das – aus gutem Grund – sicherstellt, dass solche Veranstaltungen wie das „camp for [future]“ nicht (politisch) verhindert werden können, dass sie im Zweifelsfall auch gegen den Willen einer Kommune auf öffentlichem Grund stattfinden können. Dieses Recht nutzen wir nun, damit das Camp stattfinden kann.

Der Dialog mit den Anwohnern von Buir und der Stadt als Besitzerin des Festplatzes ist uns weiterhin wichtig. Wir nehmen die Sorgen und Ängste ernst und waren daher am vergangenen Montag direkt nach unserer Pressekonferenz vor Ort, um die Nachbarn des Festplatzes über unser Kommen im August zu informieren. Aber, wir lassen uns unser Demonstrationsrecht nicht nehmen! Friedlich, lautstark und mit guten Argumenten wollen wir unserer Meinung Gehör verschaffen!

Das „camp for [future]“-Planungsteam